

LOHNVERHANDLUNG**Mehr Geld für
Pflegekräfte**

WIEN. Die Sozialpartner der Sozialwirtschaft haben sich nach 16 Verhandlungsrunden auf einen neuen Kollektivvertrag geeinigt. Demnach werden die Löhne und Gehälter um bis zu 10,2% steigen. Dies gaben die Gewerkschaften GPA und vida nach einer Einigung mit dem Arbeitgeberverband SWÖ bekannt. 130.000 Beschäftigte in der Sozialwirtschaft, also dem privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich, sind davon betroffen.

Streik in Ordenskliniken

Vereinbart wurde eine Erhöhung von acht Prozent für alle, wobei die Gehälter monatlich mindestens um 175 € erhöht werden. Dadurch kommt die unterste Einkommensgruppe auf eine Gehaltserhöhung von 10,2%. Insgesamt profitieren fast ein Drittel der Beschäftigten vom Mindestbetrag, hieß es. Keine Einigung gibt es noch für die rund 10.000 Beschäftigten in Ordensspitälern; dort wurde deshalb in Wien am Mittwoch gestreikt. (red)

**Proteste**

In den Wiener Ordenskliniken wurde am Mittwoch für höhere Löhne gestreikt

© APA/EvaMantart

Engpass bremst

Personalnot im Gesundheitsbereich führt zu Schließungen in Kliniken. Ausländisches Personal soll nun helfen.



© APA/AFP/Alfredo Estrella

Personalengpässe belasten das Gesundheitswesen zunehmend. Jetzt werden Angebote reduziert.

•• Von Martin Rümmele

WIEN/GRAZ. Akuter Ärztemangel führt in der Südsteiermark zu Einschnitten in der medizinischen Versorgung: Die Abteilung für Innere Medizin am Standort Bad Radkersburg des LKH Südsteiermark wird ab dem 1. Dezember auf eine dislozierte Tagesklinik mit reduzierten Öffnungszeiten umgestellt. Die Weiterführung der restlichen Abteilungen – Orthopädie, Anästhesiologie, Intensivmedizin und Radiologie – seien gesichert, teilte die Steiermärkische Krankheitsanstaltengesellschaft Kages mit. Zuvor gab es wie berichtet schon Einschränkungen in anderen Einrichtungen – etwa Spitälern in Wien und Oberösterreich.

Personalnot betreffe nicht nur Spitäler, sondern den ganzen Sektor der Sozial- und Gesundheitsberufe, sagte Gesund-

heitsminister Johannes Rauch (Grüne) am Rand einer Pressekonferenz in Wien. Das Problem hätten die europäischen Staaten insgesamt, die nun gemeinsam überlegen würden, die benötigten Arbeitskräfte in Drittländern zu rekrutieren. Denn „allein aus dem Arbeitskräftereservoir, das

wir in Österreich oder das wir in Europa haben“, werde der Mangel nicht zu beheben sein. Die Steiermark sucht bereits Personal in Tunesien und Kolumbien, Niederösterreich bildet Pflegekräfte auf den Philippinen aus.

„

Es ist klar, dass Gesamteuropa aufgrund der Demografie der Mitgliedsstaaten ein Problem hat.

Johannes Rauch
Gesundheitsminister

“

„De facto Vollbeschäftigung“

„Eigentlich leiden wir unter einem Personalmangel in allen Branchen“ – das bestätigte auch Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP): „Wir haben Vollbeschäftigung de facto und wir haben eine Situation, dass wir einen flächendeckenden Arbeitskräftemangel haben, was dazu führt, dass die Branchen untereinander in Konkurrenz stehen und sich gegenseitig die Leute abwerben“, analysierte Rauch. Es sei klar, dass „Gesamteuropa aufgrund der Demografie der Mitgliedsstaaten ein Problem hat“.